

**Protokoll****der gemeinsamen öffentlichen Tagung des Technischen Ausschusses und des Verwaltungsausschusses der Gemeinde Markersdorf am Dienstag, den 01.03.2022**

einberufen durch den Bürgermeister Thomas Knack

planmäßig

außerplanmäßig

**Ort:** Dorfgemeinschaftsraum Friedersdorf**Zeit:** 18:30 Uhr**Teilnehmer:**

Knack, Thomas	X
<b>VA:</b>	
Kühnel, Markus	X
Urban, Daniela	X
Liebscher, Eberhard	entschuldigt
Vogt, Reinhild	entschuldigt
Pohl, Gerd	entschuldigt
<b>TA:</b>	
Ringel, Hagen	X
York, Thomas	X
Stübner, Jens	entschuldigt
Wiesenhütter, Fred	X
Schaaf, Andreas	X
Strehle, Anne	X
Slavik, Sandra	X

**Gäste:**

Hübner, W.	
Lorenz, K.	Elsner, J.
Lange, J.	Domke, R.
Sommer, Chr.	Model, L.
Rudolph, C.	Lichthorn, M.
Domke, Rolf	Güttler, I.
Rudolph, B.	Nicht, E.
Hoffmann, H.-J.	
.	

**Inhalte und Themen:****Öffentlicher Teil:**

1. Begrüßung, Eröffnung
2. Feststellen der ordentlichen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellen der Tagesordnung, Festlegung der Unterzeichnung, Vorstellung im Gemeinderat
4. Bestätigung des Protokolls der gemeinsamen Ausschusssitzung vom 01.02.2022
5. Vorstellung Siemens Energy Global GmbH & Co. KG
6. Allgemeines

**Öffentlicher Teil****zu Tagesordnungspunkt 01**

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Ortsvorsteher. Im Anschluss wird die Sitzung eröffnet. Zusätzlich verweist Herr Knack darauf, dass alle anwesenden Gemeinderäte, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Ausschuss, für die gesamte Sitzung Rederecht erhalten.

### **zu Tagesordnungspunkt 02**

Der form- und fristgemäße Zugang der Einladung zur gemeinsamen Beratung des Technischen Ausschusses und des Verwaltungsausschusses wird von den anwesenden Ausschussmitgliedern bestätigt.

Der Ausschuss ist mit 7 von 11 anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

### **zu Tagesordnungspunkt 03**

Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen oder Hinweise. Sie wird einstimmig bestätigt.

Gemäß § 40 Abs. 2 SächsGemO ist die Niederschrift vom Vorsitzenden, zwei Ausschussmitgliedern, die an der Beratung teilgenommen haben und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Um Unterzeichnung der heutigen Niederschrift werden die Ausschussmitglieder Herr Thomas York und Herr Markus Kühnel gebeten.

### **zu Tagesordnungspunkt 04**

Das Protokoll der gemeinsamen Ausschusssitzung vom 01.02.2022 wird ohne Anmerkungen bestätigt und unterzeichnet.

### **zu Tagesordnungspunkt 05**

Herr Knack begrüßt die anwesenden Akteure des Innovationscampus und übergibt das Wort an Herrn Werner. Herr Werner stellt sich als Standortleiter von Siemens Görlitz und Leiter des Innovationscampus Görlitz vor. Anschließend erläutert er die Zusammensetzung und Ziele des Innovationscampus Görlitz. 2017 stand der Siemens Standort Görlitz vor der Schließung. Eine Perspektive fehlte. Daraufhin haben sich verschiedene Parteien zusammengesetzt und ein Konzept entwickelt, wie die Region nachhaltig gestärkt werden kann.

3 Partner -die Landesregierung Sachsen, die Fraunhofer Gesellschaft und die Siemens AG- haben sich zusammengefunden und sich als Ziel gesetzt, ein Ökosystem zu entwickeln, an dem sich Partner aus Wissenschaft, Technik und Industrie ansiedeln und neue Lösungen zur Energiewende entwickeln. Daraus entwickelte sich die Idee, dass der Standort CO2-neutral werden soll.

Heute ist dies ein entscheidender Standortfaktor für die Neuansiedlung von Unternehmen. Ziel ist es die Produktion klimaneutral zu gestalten. Die zweite Säule ist das Thema Digitalisierung und die Entwicklung neuer Technologien. Die dritte Säule ist der Innovationscampus. Es wird in Görlitz ein Ökosystem gebraucht, um Firmen und Institute an den Standort zu locken. Dafür werden Räume und Flächen notwendig. Die alten Gebäude der Berufsfeuerwehr werden Startup-Unternehmen zur Verfügung gestellt, um ihre Produkte auszuprobieren, zu bauen, mit dem Produkt in den Markt zu gehen und letztendlich Arbeitsplätze zu schaffen. Fabrikflächen zur Erweiterung stehen ebenfalls von Siemens zur Verfügung.

2019 wurde damit begonnen. Zurzeit sind die ersten 2 Startups auf dem Gelände tätig. Hierbei sollen 40 neue Arbeitsplätze entstehen.

Die momentane Aufgabe des Siemens Energy Standortes ist die Produktion von Dampfturbinen. Darin ist Siemens Weltmarktführer. Der Innovationscampus beinhaltet nun weiterhin die Produktion von Dampfturbinen und zusätzlich die Entwicklung neuer Geschäftsfelder, des Klimaschutzes und neuer Produkte.

Anschließend zeigt Herr Werner die Partnerschaften zu Firmen in der Gemeinde Markersdorf auf, sowie die Anzahl der Gemeindemitglieder die am Siemens Standort Görlitz tätig sind.

Daraufhin berichtet er über eine Neuansiedlung. Die Deloitte Service GmbH ist eine Beratungsfirma für den digitalen Wandel im kommunalen Bereich. Diese Firma hat mittlerweile 40 Arbeitsplätze geschaffen und plant für die nächsten Jahre weitere 150 bis 500 Arbeitsplätze.

Wichtiger Punkt bei der Ansiedlung für die Deloitte Service GmbH war die Idee zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bis 2025.

Herr Werner übergibt anschließend das Wort an seinen Kollegen Herrn Wiegandt. Herr Wiegandt möchte heute über das Thema erneuerbare Energien sprechen. Ein nachhaltiges Geschäft sollte auch auf einer nachhaltigen Energieversorgung basieren.

Bei einer Partnerschaft ist es immer wichtig, dass alle Interessen berücksichtigt werden. Aus diesem Grund möchte man heute mit der Gemeinde ins Gespräch kommen. Nachhaltige neue Geschäftsmodelle sind notwendig. Der Kohleausstieg wurde beschlossen. Damit wurde die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region notwendig, um Abwanderung zu vermeiden. Gemeinsam sollen der Strukturwandel und die Energiewende angegangen werden. Ein tolles Projekt ist beispielsweise das Wasserstofftestzentrum des Fraunhofer Instituts. Das Testzentrum wird am Standort Görlitz errichtet und dient dem Aufbau von Wasserstoffkompetenzen.

Anschließend übergibt Herr Wiegandt das Wort an Herrn Schmidt vom Fraunhofer Institut. Herr Schmidt stellt sich und das Fraunhofer Institut kurz vor. Anschließend erläutert er, dass am Siemens Standort Görlitz eine neue Halle als Wasserstofftestzentrum errichtet werden soll. Bis zu 30 Mitarbeiter sollen hier beschäftigt sein.

Ziel ist die Erarbeitung innovativer Lösungen entlang der Wasserstoffkette von der Erzeugung, über die Speicherung bis zur Verwertung.

Das Wasserstofftestzentrum hat einen Strombedarf von ca. 50 – 100 Mio. kWh/Jahr. Es ist eines der ersten Projekte, das mit Strukturwandelmitteln finanziert wurde. Ziel muss daher auch die aktive Unterstützung des Lausitzer Strukturwandels, insbesondere die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, sein.

Herr Werner erklärt, dass Wasserstoff zur Energieerzeugung notwendig ist.

Mit diesem Testzentrum werden Möglichkeiten für Firmen zur Erprobung von Produkten im Bereich der Wasserstofftechnik geschaffen. Wasserstoff ist ein sehr gefährlicher Brennstoff. Sicherheitseinrichtungen sind notwendig. Es soll Firmen in die Region locken. Produkte sollen hier entwickelt und damit Arbeitsplätze geschaffen werden.

Herr Schmidt erläutert den Mehrwert, der bereits jetzt vorhanden ist, ohne dass das Wasserstofftestzentrum steht. Geplant ist die Entwicklung und der Bau der offshore-Speichertechnologie. Der Aufbau des offshore-Speichers soll durch die Firma KSC erfolgen. Diese arbeiteten bisher nur in der konventionellen Kraftwerkstechnik. KSC kann somit neue Geschäftsfelder entwickeln und Arbeitsplätze sichern bzw. ausbauen.

Herr Schmidt leitet an den Projektpartner Energiequelle über. Herr Richter stellt die Projektsynergien sowie die Energiequelle GmbH vor. Für die Wasserstoffproduktion benötigt man nachhaltigen Strom. Die Erzeugung von regenerativen Energien erfolgt mittels Windenergie oder Photovoltaik.

Dabei wurde geschaut, an welchen Stellen in der Gemeinde Markersdorf Photovoltaik möglich wäre. Die Gemeinde ist landwirtschaftlich geprägt. Die Bodenwerte sind sehr gut. Aus diesem Grund ist abzuwägen, ob diese guten Böden zur Errichtung von Photovoltaik genutzt werden sollen. Der Flächenbedarf liegt bei ca. 70-80 ha.

Beim Thema Windenergie gibt es den 1. Regionalplanentwurf von 2019. Auf der Karte sind die Potentialflächen abgebildet. Die Fläche in Deutsch-Paulsdorf ist ungeeignet, da von den Bestandsanlagen in Sohland 1000 m Abstand eingehalten werden müssen. Die Potentialfläche 473 ist aufgrund des Artenschutzes ungeeignet. Die Potentialfläche „Markersdorf Nord“ ist durch den Funkmast der Bundesnetzagentur und das Vogel-/Landschaftsschutzgebiet ebenfalls ungeeignet. Die Potentialfläche 469 am Modellfluggelände ist eine Herausforderung aufgrund des Landschaftsbildes zur Landeskronen. Eine Lösung wäre die Teilnutzung der Potentialfläche. Der Flächenbedarf für 4 Windenergieanlagen liegt bei ca. 4 ha.

Durch den Pufferbereich sind keine weiteren Windkraftanlagen im Umkreis von 5 km, bei einer Planfläche von über 50 ha, möglich. Die Grundlage für den aktuellen Regionalplan war der 1. Entwurf der seit 2019 vorliegt. Dieser Entwurf wird fortgeschrieben. In diesem Jahr wird wahrscheinlich ein 2. Entwurf folgen.

Anschließend kommt Herr Richter auf die 4 Windkraftanlagen zu sprechen. Die Gesamtleistung des Windparks liegt bei 26.400 kW, die Gesamtstromerzeugung bei 76 Mio. kWh/a, die Gesamthöhe beträgt 250 m. Danach erfolgt die Visualisierung aus unterschiedlichen Sichtpunkten.

Die heutige Veranstaltung soll erst einmal zur Meinungsabfrage genutzt werden, um möglicherweise eine einvernehmliche Planung zu erstellen. Im 1. Entwurf zum Regionalplan ist die potentielle Fläche am Modellfluggelände nicht ausgewiesen. Das Land Sachsen wird jedoch weitere Bereiche ausweisen, um ihre Klimaziele zu erreichen. Ein proaktives Mitwirken am Regionalplan wäre möglich. Die Einbindung von Gemeinden, Bürgern und Gewerbe ist dabei enorm wichtig. Die Energiequelle prüft, ob bspw. die regionalen Stadtwerke an der Betreibergesellschaft beteiligt werden können, um einen sogenannten Bürgerstrom zur Verfügung zu stellen. Bis Ende des Jahres gibt es wahrscheinlich eine Änderung, dass Gemeinden pro kWh ca. 0,2 Cent erhalten können. Zusätzlich kann die Energiequelle die Gemeinden bei kommunalen Herausforderungen unterstützen.

Herr Knack bedankt sich für die Vorträge. Das die Windkraftanlagen hauptsächlich für den Campus betrieben werden sollen, findet er wichtig. Der Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit dafür stark gemacht, dass im Regionalplan keine neue Ausweisung von WKA's erfolgt. Die Landeskrone ist unser Hausberg, dessen Sicht immer freigehalten werden sollte. Herr Knack bedankt sich bei den Gemeinderäten für die Bereitschaft über das Tabu-Thema zu sprechen. Anschließend gibt er die Fragerunde frei.

Herr Werner erläutert, warum der Strom nicht von woanders hergenommen wird. Siemens möchte nicht einfach irgendwoher Strom beziehen. Es ist wichtig in das globale Unternehmen wieder einen regionalen Fokus zu bekommen. Deshalb soll der Windpark die Gemeinde sowie den Standort des Innovationscampus mit Strom versorgen. Natürlich hat eine solche Entscheidung nicht nur positive Konsequenzen. Insofern die 4 WKA's errichtet werden, erfolgt keine weitere Ausweisung weiterer Flächen. Eine Bewertung muss die Gemeinde für sich selber durchführen. Positive und negative Effekte sollten abgewogen werden.

Herr Knack erläutert, dass die Gemeinde Markersdorf von den Gewerbetreibenden lebt. Wegen dem Zuschuss von 35.000 € aus der Windkraftenergie braucht die Gemeinde keine WKA's. Im Bereich Königshain wäre möglicherweise ein Alternativstandort. Die Sicht wird hier nicht beeinflusst. Hier müsste geprüft werden, ob der Funkmast versetzt werden kann.

Die Energiequelle GmbH erläutert, dass das Thema Funkmast in Markersdorf sehr speziell ist. Der Netzbetreiber spricht sich aktuell gegen einen Standortwechsel aus.

Momentan gibt es die Aussage des Vorsitzenden des Regionalen Planungsverbandes, dass keine neuen Potentialflächen ausgewiesen werden sollen, informiert Herr Knack.

Herr Hübner erkundigt sich, bis wann die Energie notwendig ist und ob auch andere Regionen betrachtet wurden. Herr Schmidt erläutert, dass das Wasserstofftestzentrum einen hohen Energiebedarf hat. Ziel ist es bis 2025 grünen Wasserstoff mit grünem Strom zu produzieren. Der Innovationscampus möchte ebenfalls bis 2025 mit grünem Strom versorgt sein. Herr Richter erklärt, dass das Ziel 2025 sehr sportlich ist. Grundlage ist das Planungsrecht. Im 2. Entwurf des Regionalplanes wird die Fläche nicht enthalten sein.

Herr Wiesenhütter möchte wissen, woher die Fördermittel kommen. Herr Wiegandt erläutert, dass das Thema Fördermittel immer projektspezifisch ist. Die geplanten investiven Maßnahmen müssen in das Förderprogramm passen. Eigenmittel sind zusätzlich notwendig. Das Land Sachsen hat bereits Fördermittel für das Wasserstofftestzentrum übergeben. Momentan befindet man sich im Baugenehmigungsverfahren. Die Strukturmittel haben das Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Die Windkraftanlage selbst ist reines unternehmerisches Risiko. Die Finanzierung erfolgt über Banken. Eine Förderung gibt es hier nicht.

Herr Domke fragt, inwiefern das Wasserstofftestzentrum unmittelbar mit der Windkraftanlage in Verbindung steht und ob es alternative Standortplanungen gibt. Herr Schmidt erläutert, dass es keine Direktleitung zum Wasserstofftestzentrum geben wird. Es gibt jedoch weitere Fördermöglichkeiten, die möglicherweise die Nutzung regionalen Stroms voraussetzen. Die Außenwirkung sollte nicht außer Acht gelassen werden. Natürlich spielen die Kosten für den Strom eine wichtige Rolle, auch für zukünftige Unternehmer.

Herr Knack erkundigt sich, ob die Energiequelle GmbH fester Partner ist. Dies wird von Herrn Werner bestätigt.

Herr Richter geht auf das Thema alternative Standorte ein. Der Windpark an der Autobahn ist zu neu und die Anzahl der Betreiber zu hoch. Es ist deutlich einfacher einen neuen Windpark auszuweisen. Alternativstandorte sind schwierig.

Herr Lorenz erkundigt sich nach der Einbeziehung der Gemeinde, um für möglicherweise alle Bürger einen Mehrwert zu schaffen. Die Energiequelle GmbH erläutert, dass sie zu bestimmten Wünschen der Gemeinde gesprächsbereit sind. Um die Gemeinde attraktiver zu gestalten und auf dem Weg zur Klimaneutralität zu begleiten.

Herr Schaaf verweist darauf, dass der Standort Charlottenhof an der Autobahn durch die 2. Gesamtfortschreibung weitere Veränderung erfährt. Erweiterungsmöglichkeiten sind vorhanden. Herr Richter erklärt, dass natürlich unternehmerische Aspekte eine Rolle spielen. Die Kosten für die Errichtung von WKA's sind in einen Bestandspark, im Gegensatz zum Bau auf einer grünen Wiese, wesentlich höher. Der Norden gehört der BVVG. Die Verhandlungen sind sehr schwierig. Es ist weder für den Windkraftbetreiber noch für Siemens wirtschaftlich.

Frau Urban möchte wissen, ob es Kombinationsbetrachtungen zwischen Windkraft und Photovoltaik gibt. Photovoltaik könnte bspw. auf gemeindeeigenen Gebäuden angebracht werden. Die Energiequelle GmbH erläutert, dass der Energiebedarf zu hoch ist. Herr Wiegandt ergänzt, dass das Thema Photovoltaik auf den betriebseigenen Gebäuden geprüft wurde. Der Energiebedarf wird damit lediglich zu einem Prozent gedeckt.

Herr York möchte wissen, wie die Siemens Energy klimaneutral werden möchte. Herr Werner erläutert, dass der Standort Görlitz in 2025 klimaneutral sein will. Produkte sollen entwickelt werden, die anderen Kunden helfen, Klimaprobleme zu lösen, erklärt Herr Werner. Die Energieversorgung soll möglichst klimaneutral gestaltet werden.

Herr Schmidt erklärt das Prinzip des Dampferzeugers. Die Kunden brauchen Wasserdampf um ihre Turbinen zu betreiben. Bisher verwenden die Kunden unterschiedliche Brennstoffe wie Öl oder Gas. Der Dampferzeuger könnte mit grünem Wasserstoff Dampf herstellen, welcher die Dampfturbine betreibt und mit der wiederum Strom erzeugt werden kann.

Herr York macht sich Gedanken über das große Ganze. Wenn wir jetzt 4 WKA's benötigen um einen Standort grün zu machen. Was ist mit den anderen Unternehmen? Herr Wiegandt bestätigt, dass es schwierig ist eine Gesellschaft zu elektrifizieren und gleichzeitig bestimmte Energieerzeugungsanlagen nicht mehr zu nutzen.

Herr Domke erkundigt sich, ob es Informationen aus der Landeregierung gibt, wie die Klimaziele erreicht werden sollen. Herr Werner denkt, dass sich die politische Richtung enorm verändert wird. Eine Antwort auf die Frage kann er nicht geben. Aus diesem Grund ist es umso notwendiger Produkte und Technologien zu entwickeln, die anderen hilft, solche Ziele umzusetzen. Speichertechnologien sind dabei ein aktuelles Thema.

Herr Domke möchte wissen, wie frei die Gemeinde Markersdorf bspw. in 5 Jahren noch mit ihren Entscheidungen ist. Ihn bewegt die Umsetzung der Klimaziele.

Herr Knack bedankt sich erneut für die Vorstellung. Eine Entscheidung sollte heute ja nicht getroffen werden. Eine weitere Sitzung sollte für die Thematik genutzt werden.

## **zu Tagesordnungspunkt 6**

Herr Hübner kritisiert, dass ihm der Trassenverlauf zum Breitbandausbau nicht zugearbeitet wurde. Anschließend bemängelt er die Lage des Verteilerschranks direkt vor dem Dorfgemeinschaftsraum. Herr Knack entschuldigt sich für den Fehler. Die Verwaltung hat noch versucht den Standort zu verändern. In Jauernick-Buschbach und Friedersdorf werden die Einwohnerversammlungen im März stattfinden.

Herr Kühnel möchte wissen, ob der Gemeinde Pläne über die Standorte der Verteilerkästen vorliegen oder ob während der Bauphase entschieden wird, wo sie aufgestellt werden. Herr Knack erklärt, dass beides zutrifft.

Frau Urban erkundigt sich nach den Terminen für die Einwohnerversammlungen. Am 17.03.22 findet um 18:00 Uhr die Einwohnerversammlung in Friedersdorf und am 16.03.2022 um 19:30 Uhr in Jauernick-Buschbach statt, informiert Frau Slavik.

Herr Domke spricht die Thematik Weg am Nonnenwald an. Herr Knack fragt sich, was dazu noch beredet werden soll. Es wurde entschieden den Widerspruch an das Landratsamt abzugeben. Dies wurde gemacht.

Herr Domke weiß, dass Herr Michael Weise von Herrn Knack motiviert wurde, sich an den Ortschaftsrat Deutsch-Paulsdorf zu wenden. Mittlerweile liegen der Verwaltung wichtige Informationen

vor, die der Ortschaftsrat dringend braucht, um mit gleichem Kenntnisstand ein solches Gespräch führen zu können.

Herr Knack möchte wissen, welche Informationen das sein sollen. Der Gemeinderat weiß, dass der Weg damals nicht gewidmet war. Auch der vorhergehende Ortschaftsrat war in das Thema eidesstattlichen Erklärung involviert. Herr Knack wendet sich konkret an den Ortschaftsrat. Frau Domke erkundigt sich nach der eidesstattlichen Erklärung. Diese ist dem Ortschaftsrat unbekannt.

Herr Knack widerspricht der Aussage von Herrn Domke zur Motivation von Herrn Weise. Herr Weise möchte einfach den Sachverhalt aus der Welt schaffen. Anschließend erläutert er die Thematik um die eidesstattliche Erklärung. Die damalige Bürgermeisterin wurde gebeten eine eidesstattliche Erklärung zur öffentlichen Widmung bzw. Nutzung des Weges abzugeben. Dies hat sie nicht getan. Herrn Knack ärgern die Vorwürfe, dass Informationen nicht weitergegeben werden.

Frau Urban erkundigt sich, ob es zu dem gesamten Vorgang eine Akte gibt. Dem Ortschaftsrat kann die Möglichkeit der Akteneinsicht gewährt werden.

Herr Knack kommt erneut auf den aktuellen Sachverhalt zu sprechen. Der Gemeinderat hat einen Beschluss zur öffentlichen Widmung des Weges gestellt. Dagegen wurde Widerspruch erhoben und über diesen Widerspruch muss entschieden werden. Die Entscheidung erfolgt durch das Landratsamt.

Frau Rudolph hat das Gefühl, dass dem Ortschaftsrat nicht alle Informationen vorliegen. Der Ortschaftsrat will versuchen, auch die andere Seite zu verstehen.

Herr Knack erklärt, dass Herr Weise mit seinem Rechtsanwalt vorstellig wurde. Die Faktenlage wurde erläutert und mitgeteilt. Daraufhin sollte der Sachverhalt erneut im Gemeinderat angesprochen werden. Der Gemeinderat hat sich dafür entschieden, den Widerspruch an das Landratsamt abzugeben. Anschließend gab es einen belanglosen Brief des Rechtsanwaltes.

Herr Domke findet, dass der Brief dem Ortschaftsrat zur Verfügung gestellt werden sollte. Bei einem Gespräch mit Herrn M. Weise können Argumentationen möglicherweise nicht erwidert werden. An dem eingeleiteten Verfahren zweifelt niemand.

Nach weiterer Diskussion wird sich darauf geeinigt, dass der Ortschaftsrat einen Termin im Rathaus zur Einsicht in die Unterlagen vereinbart. Der Ortschaftsrat soll das Schreiben des Anwaltes bitte nicht überbewerten.

Herr Wiesenhütter erkundigt sich nach den Regenrückhaltebecken im Gewerbegebiet Hoterberg und zur aktuellen Entwässerung des Grundstückes des Postverteilerzentrums. Die vorläufigen Maßnahmen könnten möglicherweise ein Problem ergeben.

Herr Knack informiert über den Termin in Dresden zur Beantragung von Fördermittel zur Errichtung der Regenrückhaltbecken und der Zufahrt zum Gewerbegebiet. Die Baumaßnahmen sind zu 90 % förderfähig. Aktuell befinden wir uns in der Ausschreibungsphase für die Straßenbaumaßnahme. Bis 10.04. muss der Antrag abgegeben sein.

Die vorläufigen Maßnahmen sind in der Baugenehmigung klar geregelt. Herr Wiesenhütter sorgt sich um sein Grundstück. Herr Knack wird sich das Problem ansehen.

Herr Domke erkundigt sich nach der Personalentscheidung für das Ordnungsamt. Die erste Bewerberin hat abgesagt. Die zweite Bewerberin überzeugte ebenfalls und konnte glücklicherweise bereits heute anfangen.

Abschließend informiert Herr Knack über die angedachten Gespräche mit Schöpstal. Diese sind von Schöpstal nicht mehr forciert worden. Somit werden keine weiteren Gespräche stattfinden. Zudem betont Herr Knack, dass die Stärkung der eigenen Gemeinde oberstes Ziel ist und nicht die Fusionierung mit irgendjemanden.

Herr Knack hat vor kurzem mit Bernstadt zur Thematik kommunale Zusammenarbeit gesprochen. Aber auch hier geht es nicht um eine Fusion. Die Selbständigkeit der Gemeinde Markersdorf wird in keinem Fall in Frage gestellt. Die Gemeinderäte bestätigen, dass von einer Fusion nie gesprochen wurde.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen oder Anfragen.

**Ende der öffentlichen Sitzung:** 21:05 Uhr

**Protokollführer:** \_\_\_\_\_  
Sandra Slavik

**Ausschussmitglieder:** \_\_\_\_\_  
Thomas York

\_\_\_\_\_  
Markus Kühnel

**bestätigt:** \_\_\_\_\_  
Thomas Knack